Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 13.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 6.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsbezugspreis monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig und der Sächsischen Staatsministerien Dresden sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.50, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille. Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692. 14693, 14694. — Postscheckkonto 7254. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 455 — **Mittwoch, den 29. September** — **1920**

Die sächsischen Bergarbeiter gegen Ueberschichten

Die Ueberschichtenfrage im sächsischen Bergbau

Ablehnende Haltung der Betriebsräte.

Zwickau, 29. September.

In den sächsischen Steinkohlenrevieren ist bekanntlich bis Mitte April d. J. eine achte Schichtstunde freiwillig eingelegt worden, um die Kohlenförderung zu steigern. Um, wie im Ruhrrevier und neuerdings auch in Oberschlesien, diese Ueberschicht wieder einzuführen, war vom Reichsarbeitsministerium eine Konferenz der beteiligten Kreise einberufen worden, die Dienstag nachmittag in Zwickau tagte. Ministerialrat Dr. Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium leitete die Verhandlungen, zu denen die Vertreter der Werke, des Bergbaulichen Vereins, der Arbeiter- und Angestellten-Organisationen sowie die Betriebsräte des Zwickauer und Lugau-Oelsnitzer Reviers sowie des Plauenschen Grundes — im ganzen gegen 200 Personen — eingeladen waren. Von seiten der sächsischen Regierung waren erschienen Geh.-Rat Haack vom Arbeitsministerium und Regierungsrat Krämer, der Leiter des Landeskohlenamtes. Ferner wohnte den Verhandlungen bei Oberbergamtsrat Herold-Freiberg. Die dreistündigen Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Ministerialrat Dr. Bodenstein, der an den Verhandlungen in Spa teilgenommen hat, erörterte die schweren Verpflichtungen, die das Spa-Abkommen uns auferlegt hat und ermahnte die sächsischen Bergleute, dem Beispiel ihrer Kameraden im Ruhrgebiet zu folgen, um durch Einlegung von Ueberschichten die drückenden Lasten des Abkommens zu lindern und auch dem Inlandbedarf an Kohle mehr als bisher gerecht zu werden. Er wies darauf hin, daß bei Leistung von Ueberstunden die sächsischen Bergleute genau dieselben Vergünstigungen erhalten sollen wie die Ruhrbergleute, nämlich einen Lohnzuschlag von 100 Prozent für jede Ueberschicht, ein Pfund Fett oder Speck zum Preise von 7 ℳ und zu 33⅓ Prozent auf Reichskostein verbilligte Textilwaren, Wäsche, Schuhe usw. Geh.-Rat Haack und Reg.-Rat Krämer unterstützten dringend diesen Appell. Letzterer betonte, daß das, was der Entente infolge des Spa-Abkommens täglich zugeführt werden müsse (80 000 Tonnen), ungefähr ein Viertel dessen ausmache, was die sächsischen Reviere monatlich fördern (300 000 Tonnen). Außerdem wiesen beide Redner auf den Bedarf der inländischen Industrie, die durch die Kohlennot hervorgerufene Arbeitslosigkeit und den Bedarf an Hausbrand hin. Die meisten der zum Wort gelangten Betriebsräte lehnten jedoch mit Rücksicht auf die schlechten Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse sowie mangelhafte technische Einrichtungen das Wiedereinlegen von Ueberschichten rund heraus ab, einige weniger darunter ein Angestelltenvertreter, verhielten sich nicht prinzipiell ablehnend, doch stellten sie gewisse Bedingungen, wie Reformen auf dem Gebiete des Knappschaftswesens, praktische Ausübung des Mitbestimmungsrechts, Preisabbau, namentlich Herabsetzung des Kartoffelpreises usw. Im übrigen wurden die Regierungsvertreter eingeladen, in Bergarbeiterversammlungen selbst den Gedanken der Ueberschichtenförderung zu vertreten. So mußte denn die Versammlung ergebnislos abgebrochen werden, doch ist der Plan damit noch nicht fallengelassen worden. Bemerkenswert ist, daß schon im Juni d. J. eine von der sächsischen Regierung zu dem gleichen Zweck einberufene Betriebsräteversammlung ergebnislos verlaufen ist.

Das Arbeitslosenproblem in Sachsen

Ausführungen des Reichsarbeitsministers

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

Dresden, 29. September.

Wie wir bereits meldeten, befindet sich heute Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in Dresden, um mit den hiesigen zuständigen Stellen wegen der drohenden Gefahr, die für Sachsen durch die Arbeitslosigkeit erwächst, Fühlung zu nehmen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nahm Gelegenheit vor Pressevertretern in großem Rahmen das Arbeitslosenproblem zu skizzieren. Im Eingang seiner Ausführungen teilte er mit, daß die Reichsregierung durchaus anerkenne, daß das Arbeitslosenproblem in Sachsen besonders schwierig sei, da Sachsen fast eine einzige Industriestadt zu nennen sei, die in der Hauptsache Fertigfabrikate zu liefern habe. Auch Luxuswaren würden in großen Mengen hergestellt, doch reichten in der Luxuswarenindustrie die Verlegenheiten bis in die Vorkriegszeit hinein. Niemand, weder das Inland noch das Ausland, mache sich ein Bild von dem Umfange der Erwerbslosigkeit in Deutschland, und erkenne infolgedessen auch nicht die Gefahr, die darin liegt.

Soweit sich ein Bild durch die Statistik gewinnen läßt, beträgt augenblicklich die Zahl der Vollerwerbslosen in Deutschland ungefähr 1 Million Menschen. Dazu kommen noch die Halb- und Dreiviertel-Erwerbslosen (Kurzarbeiter), deren Zahl 1½ bis 2mal so groß wie die der Vollerwerbslosen ist. Wir haben also infolgedessen mit einer Gesamtzahl von Erwerbslosen von 2½ bis 3 Millionen zu rechnen, da die Zahl der Kurzarbeiter ungefähr 1½ bis 2 Millionen beträgt. Erschwerend kommt in Betracht, daß die Dauer der Erwerbslosigkeit sehr lang ist. Allein in Berlin beziehen infolgedessen ungefähr 44 000 Kinder die Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge. Das Schlimme ist, daß bei uns nicht, wie bereits in anderen Staaten, von einem Abbau die Rede sein kann, sondern im Gegenteil die Arbeitslosigkeit noch wächst. Die Gründe hierfür liegen zunächst in der allgemeinen Weltwirtschaftslage und dann aber ganz besonders in den wirtschaftlichen Konsequenzen des Versailler Vertrages, der uns die Lebensmöglichkeiten und dem Handel, der Industrie usw. die Entwicklungsmöglichkeiten genommen hat und damit die deutschen Finanzen völlig zu ruinieren droht. Dieses Erwerbslosenproblem ist eine Frage der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik und kann infolgedessen auch nur hierdurch gelöst werden. Die Reichsregierung wird dem Reichstag nach seinem Zusammentritt ein Programm für die Wirtschaftspolitik vorlegen.

Kurz führte der Minister noch aus, daß wir an einer Umstellung der Wirtschaft nicht vorbeikommen, wenn wir wieder gesunden wollen. Es handelt sich für uns zunächst darum, Nahrungsmittel und wirtschaftliche Rohstoffe zu erzeugen. Ob die Fertigfabrikation in absehbarer Zeit wieder zu ihrer vollen Blüte kommen wird, ist sehr fraglich. Sodann sei eine Vereinfachung der Wirtschaft durchaus notwendig. Die Zwischenglieder zwischen Produzenten und Konsumenten müssen überwunden werden und damit auch die eintretenden Stockungen. Produzenten und Konsumenten müssen die Initiative ergreifen, um einen engen Zusammenschluß zu ermöglichen. Auf diese Weise nur können die Preise billiger werden, so daß wiederum die Gesamtheit kaufen, und damit die Produktion wieder in Gang kommen kann.

Diese Entwicklung soll durch die produktive Erwerbslosenfürsorge gefördert werden, und zwar dadurch, daß Kredit nicht nur staatlichen, sondern auch privaten Institutionen, natürlich unter gewissen Bedingungen, zur Verfügung gestellt werden. Inzwischen soll die große Not durch soziale Fürsorge gemildert werden.

Der Arbeitsminister Dr. Brauns erörterte dann kurz die Maßnahmen, die die Reichsregierung bisher getroffen hat, und kam dann näher auf die sächsischen Verhältnisse zu sprechen. Das Reichsarbeitsministerium wird im Reich dahindringen, den Verhältnissen in Sachsen ganz besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Die Gesamtheit müsse, so führte er aus, für Sachsen einstehen, da dieses allein nicht alles leisten könne. Deswegen müsse eine verstärkte Zuteilung der Zuschüsse an Sachsen erfolgen. Sachsen müsse mehr erhalten als andere Länder. Außerdem werde die Reichsregierung für Notstandsarbeiten erheblich größere Summen zur Verfügung stellen als früher. So sind z. B. 18 Millionen Mark für die Muldentalsperre zur Verfügung gestellt worden. Trotz der schwierigen Lage gab der Reichsarbeitsminister am Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, ohne vergrößerte Schwierigkeiten über die schwierigste Zeit, nämlich den Winter, hinwegzukommen.

Drohender Konflikt zwischen Wilson und den demokratischen Parteien

London, 29. September.

Aus Washington wird gemeldet: Die Weigerung des Präsidenten Wilson, die Handelsverträge mit den ausländischen Staaten zu kündigen, droht die demokratischen Parteien zu spalten. Die Demokraten haben sich in ihrer starken Mehrheit zugunsten des neuen Gesetzes über die Handelsschiffahrt ausgesprochen, deren Klauseln mit den verschiedensten Handelsverträgen im Gegensatz stehen. Das Gesetz wurde durch den Kongreß angenommen. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten, daß der Präsident sein Veto einem von beiden Kammern angenommenen Gesetz entgegenstellt. Die republikanische Presse greift ihn deshalb kräftig an. Das Gesetz Johnes, das in dieser Meldung erwähnt wird, billigt den Waren, die unter amerikanischer Flagge fahren, besonders günstige Behandlung zu. Diese Maßnahme ist zur Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine getroffen worden. England hat bereits früher schon gegen das Gesetz protestiert, aber ohne jeden Erfolg.

Reise Bergmanns nach Paris

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 28. September.

Staatssekretär Bergmann wird sich Ende dieser Woche auf einige Tage nach Paris begeben. Seine Reise trägt jedoch keineswegs politischen Charakter. Sie dient nur der Erledigung einiger schwebenden Angelegenheiten, welche die Wiedergutmachung betreffen. Bergmann, der nächste Woche zurückerwartet wird, wird inzwischen in Brüssel durch den Staatssekretär Schröder vertreten werden.

Die Finanzlage Belgiens und Japans

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 29. September.

In der Konferenz haben gestern der belgische Abgeordnete Lefreux und der japanische Vertreter die Auseinandersetzung fortgesetzt. Lefreux betonte, daß die ungünstigen Wechselkurse sehr schlimme Folgen für Belgien gehabt haben, weil das Land vom Kriege bereits so mitgenommen war. Zwar habe Belgien Ausnahmekredite erhalten, daß hätten diese Kredite nichts zu bedeuten im Vergleich zu dem Bedarf, den Belgien an Geld für den Wiederaufbau und für die Nahrungsmittelversorgung sowie die Bezahlung der Rohmaterialien habe. Seit Kriegsende hat die belgische Regierung nur einen einzigen Kredit von der Banque Nationale beantragt, und zwar für die Rückzahlung der Marknoten. Davon wurden 300 Millionen aus inländischen Anleihen an die Banque Nationale zurückgezahlt. Am 16. September betrugen die sofort fälligen Verpflichtungen der Bank 7,1 Milliarden Franken, während die Metallreserve 293 Millionen und die fremden Wechsel 65 Millionen Franken betrugen. Die Schlußfolgerung des belgischen Berichtes ist, daß die dringendste Frage die Verbesserung und Stabilisierung der belgischen Banknoten im Auslandverkehr sein muß.

Der finanzielle Vertreter Japans erklärte in seinem Bericht, daß Japan alles getan habe, die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu bezahlen und auch einen Teil der außerordentlichen Ausgaben aus dem Ueberschuß der dauernden Einnahmen zu decken. Man habe nur einen kleinen Betrag der Scheine ausgegeben, und zwar zu so günstigen Bedingungen, daß auch der kleine Bürger sparen und sein Geld in diesen Papieren anlegen kann. Alle Vorsorgen, welche Japan getroffen hat, indem es den Diskont wieder erhöhte, haben aber die Ueberspekulation nicht verhindern können. Dadurch haben sich wiederholt große Fallissements ereignet, und die Folgen dieser Katastrophen hat Japan noch nicht völlig überwunden. Die betreffenden Maßnahmen für die Einfuhr und Ausfuhr, besonders in Rohmaterial und Produktionsmitteln, müssen sofort annulliert werden.

Schließung des Spielklubs in Warnemünde

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 29. September.

Die mecklenburgische Regierung hat zum 30. September die Schließung des Warnemünder Spielklubs verfügt, der bisher staatlich konzessioniert war, und dem Seniorenausschuß des Landtages eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen. Dem Freistaat Mecklenburg entgeht dadurch der 60proz. Anteil des Spielertrages. Nach den bisherigen Umsätzen bestand die Aussicht auf einen Spielertrag von jährlich zwischen 10 und 15 Millionen Mark. Die Projekte der Ausgestaltung Warnemündes im Stile der großen Kurplätze durch die Kasinogesellschaft sind aufgegeben worden.

Erfahrungen der italienischen Sozialisten in Sowjet-Rußland

Von unserem D. C.-Mitarbeiter.

Rom, 28. September.

Von ganz besonderem Interesse für die Beurteilung der Zustände in Rußland sind die Erfahrungen, die, gleich den deutschen, die italienische sozialistische Kommission auf ihrer Reise durch das bolschewistische Paradies gemacht hat, gab es doch sicher auf der ganzen Welt niemand, der, solange Rußland von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen war, die Verherrlichung des dortigen Bolschewismus mit solchem Feuereifer betrieb, als die italienischen Sozialisten. Um so auffallender und bemerkenswerter ist der Umschwung, der jetzt in ihren Anschauungen eingetreten ist.

Im März 1920 hatten die italienischen Sozialisten Bombacci und Cabrini in Kopenhagen Unterredungen mit Litwinow, die sich um die Organisation des Gefangenenaustausches und um die Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den italienischen und russischen Konsumgenossenschaften drehten. Italienische Sozialisten und Russen beschlossen, auf dem erfolgreichen Verlauf, den diese Verhandlungen nahmen, weiterzubauen und vorerst die nichtoffiziellen Beziehungen der beiden Länder möglichst lebhaft zu gestalten, in der Erwartung, daß die offiziellen sich dann daraus von selbst ergeben werden. Zu besagtem Zwecke sollte sich eine umfangreiche, aus den besten Kräften des italienischen Sozialismus zusammengesetzte Studienkommission nach Rußland begeben, um die revolutionstechnische Frage, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände Rußlands an Ort und Stelle zu prüfen.

Ende Mai setzte sich diese aus Vertretern der sozialistischen Partei, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und aus einem Schwarm Sachverständiger bestehende Kommission über Berlin, Kopenhagen und Reval nach Rußland in Bewegung. Ein Teil der Kommission kehrte überraschenderweise Anfang Juli nach Italien zurück — es fehlte nicht an Stimmen, die von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission munkelten — während Serrati, der Leiter des „Avanti", D'Aragona, Graziadei, Bombacci und Vacirca weiter in Rußland blieben, zum Teil um am Kongresse der dritten Internationale in Moskau teilzunehmen. Die Zurückgekehrten erklärten, Auftrag zu haben, sich jeder Aeußerung über die Verhältnisse in Rußland zu enthalten. Es sei beschlossen worden, daß die offiziellen Gutachten der Studienkommission erst nach Rückkehr auch der letzten Mitglieder ausgearbeitet und erst nach Genehmigung in gemeinsamer Sitzung veröffentlicht werden sollten. Serrati soll den politischen Bericht, der Abgeordnete Giuseppe Bianchi den über die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse und Pozzani jenen über die Handelsmöglichkeiten verfassen.

Die Zurückgekehrten zeigten sich aber hinsichtlich des Schweigegebots nicht übertrieben gewissenhaft — einer begann schon in der Eisenbahn den Mitreisenden gegenüber zu erzählen — und so kam es, daß die bürgerlichen Zeitungen manches recht ungünstige Urteil veröffentlichen konnten, was sie mit um so größerem Eifer taten, als die ganze Reise der Kommission von ihr in banger Erwartung und mit Spannung verfolgt worden war. War doch von Anfang an in Italien bis weit nach rechts hinüber die Auffassung verbreitet gewesen, daß das Ergebnis der Untersuchungen in Rußland den Ausschlag dafür geben werde, ob in Italien die Revolution gemacht werden soll oder nicht. Aus den Erzählungen der Zurückgekehrten war zu erkennen, daß man sich auf russischer Seite bemüht hatte, durch großartige militärische Schauspiele, riesige Versammlungen und Umzüge auf die Kommission Eindruck zu machen, und daß man das Darniederliegen der industriellen und der Verkehrsanlagen mehr in den Hintergrund zu schieben versucht hatte, während gerade dieses jetzt von den Erzählern je nach Temperament mehr oder weniger ins Licht gerückt wurde. Diese Indiskretionen blieben nicht ohne Gegenwirkungen seitens der in Rußland Verbliebenen und so kam es, daß Serrati und Vacirca im „Avanti" in etwas gedämpften Ausführungen auch ihrerseits Bericht zu erstatten begannen. Die interessanten Berichte Serratis, der eben jetzt in Italien eingetroffen ist, sind von der vorher von ihm und vom „Avanti" systematisch betriebenen Verherrlichung des Bolschewismus entfernt, sie verschweigen nicht die ungeheuer zerrütteten Zustände Rußlands, wiederholen aber immer wieder die oft gehörte Ausrede, daß der größte Teil der Schuld daran, daß nicht alles so ist wie es sein sollte, auf die Schwierigkeiten zurückzuführen ist, die Rußland von außen gemacht werden. Im übrigen gibt Serrati unumwunden zu, daß das Sowjetsystem weit entfernt ist von jedem demokratischen und sozialistischen Prinzip und daß es vielmehr die Diktatur einer recht kleinen Minderheit darstellt, die mit Waffengewalt aufrechterhalten wird.

Während die bürgerliche Presse einerseits die Enttäuschung der aus dem kommunistischen Paradies Wiedergekehrten feststellen konnte, trafen anderseits auch die Berichte ihrer inzwischen ebenfalls nach Rußland vorgedrungenen eigenen Korrespondenten ein. „Secolo" und „Messaggero" werden mit solchen Berichten durch Luciano Magrini beliefert, der im Mai und Juni eine Rundfahrt von Reval nach Petersburg, Moskau, Nischni-Nowgorod, Kasan, Samara, Saratow und Tambow gemacht hat, und auch die deutsche Kolonie Marxstadt besuchte. Er beschreibt die Zustände auf allen Gebieten des Lebens, die geradezu katastrophal sind, Industrie und Verkehr liegen völlig darnieder, die Korruption triumphiert, und die Massen fristen unter unsäglichen Entbehrungen ihr elendes Dasein. In einem Punkte sind sich die Berichterstatter der Presse aller Schattierungen einig, nämlich darin, daß das Sowjetsystem in Rußland unerschütterlich feststeht und daß es zu einem Machtfaktor geworden ist, mit dem gerechnet werden muß.

Die bürgerliche Presse Italiens macht an der Hand dieser Darstellungen dem italienischen Volke klar, was der Kommunis-